

Myanmar: Mitglieder der People's Defence Force

Auskunft der SFH-Länderanalyse

Bern, 26. Mai 2023

Impressum

Herausgeberin
Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH)
Postfach, 3001 Bern
Tel. 031 370 75 75
Fax 031 370 75 00
E-Mail: info@fluechtlingshilfe.ch
Internet: www.fluechtlingshilfe.ch
Spendenkonto: PC 30-1085-7

Sprachversionen
Deutsch

COPYRIGHT
© 2023 Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH), Bern
Kopieren und Abdruck unter Quellenangabe erlaubt.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	4
2	Vorgehen der Militärjunta gegen Mitglieder der Opposition und der People's Defence Force (PDF)	4
2.1	Verschärfung des Vorgehens gegen PDF in zweiter Hälfte des Jahres 2022	5
2.2	Tötungen von PDF-Mitgliedern	6
2.3	Verhaftungen von PDF-Mitgliedern und ihren Angehörigen	7
2.4	Folter von PDF-Mitgliedern	8
2.5	Harte Strafen für Mitgliedschaft und Unterstützung von PDF	8
3	Rückkehrenden droht Haft, Folter und Tod	10
4	Quellen	12

Dieser Bericht basiert auf Auskünften von Expertinnen und Experten und auf eigenen Recherchen. Entsprechend den COI-Standards verwendet die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) öffentlich zugängliche Quellen. Lassen sich im zeitlich begrenzten Rahmen der Recherche keine Informationen finden, werden Expertinnen und Experten beigezogen. Die SFH dokumentiert ihre Quellen transparent und nachvollziehbar. Aus Gründen des Quellenschutzes können Kontaktpersonen anonymisiert werden.

Tötungen

1 Einleitung

Situation: Personen aus Myanmar sind für die «People's Defence Force» (PDF), die bewaffneten Einheiten der oppositionellen «Regierung der Nationalen Einheit» (National Unity Government, NUG), der Exilregierung von Myanmar, aktiv und auch exilpolitisch tätig (beispielsweise in den sozialen Medien oder durch Teilnahme an Demonstrationen). Der Anfrage an die SFH-Länderanalyse sind die folgenden Fragen entnommen:

1. Tritt die Militärjunta von Myanmar seit Sommer 2022 gemässiger gegenüber den «People's Defence Force» (PDF) auf?
2. Gibt es Informationen zu Rückkehrenden nach Myanmar, insbesondere solche, die ein politisches Profil haben? Was droht ihnen bei einer Rückkehr?

Die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) beobachtet die Entwicklungen in Myanmar seit mehreren Jahren.¹ Aufgrund von Auskünften von Expert*innen und eigenen Recherchen nimmt die SFH zu den Fragen wie folgt Stellung:

2 Vorgehen der Militärjunta gegen Mitglieder der Opposition und der People's Defence Force (PDF)

Katastrophale Menschenrechtslage, systematische Angriffe auf Zivilbevölkerung, Kriegsverbrechen. Laut dem Bericht von *Volker Türk*, dem *UNO-Hochkommissars für Menschenrechte* vom 2. März 2023 hält die katastrophale Menschenrechtslage in Myanmar an (*UN Human Rights Council (HRC)*, 2. März 2023). Auch *Thomas H. Andrews*, der *UNO-Sonderberichterstatter zur Menschenrechtslage in Myanmar*, spricht in seinem Bericht vom 9. März 2023 von einer verheerenden Menschenrechts- und humanitären Krise in Myanmar (*HRC*, 9. März 2023). So gibt es nach Angaben des *UNO-Hochkommissars für Menschenrechte* hinreichende Gründe für die Annahme, dass die Handlungen des Militärs Menschenrechtsverletzungen und Verstösse gegen das humanitäre Völkerrecht darstellen, von denen einige möglicherweise internationalen Kriegsverbrechen gleichkommen. Dazu gehören der weit verbreitete Einsatz von wahllosen Luftangriffen und Artillerieangriffen auf bewohnte Gebiete, die Plünderung und das Niederbrennen von Dörfern, willkürliche Verhaftungen, die Anwendung von Folter, aussergerichtliche Tötungen und sexuelle Gewalt. Das *Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR)* hat landesweit einheitliche Taktiken und Missbrauchsmuster dokumentiert, die bestätigen, dass die Militärbehörden als einheitliche und kohärente Struktur agieren. Das bedeutet, dass die Führung von der Begehung von Gräueltaten wusste und/oder es zumindest versäumt hat, sie zu verhindern (*HRC*, 2. März 2023). Die systematischen Angriffe des Militärs auf die Zivilbevölkerung haben laut dem *UNO-Sonderberichterstatter* eine Spirale der Gewalt ausgelöst, die das ganze Land erfasst hat. Der Staatsverwaltungsrat (*State Administration Council, SAC*), wie die Junta genannt wird, hat die staatlichen Institutionen ausgehöhlt, was zum Zusammenbruch der staatlichen Dienstleistungen und der Rechtsstaatlichkeit geführt hat (*HRC*, 9. März 2023).

¹ <https://www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen/herkunftslanderberichte>.

Brutales Vorgehen gegen Menschen, die sich der Herrschaft des Militärs widersetzen.

Nach Angaben von *Human Rights Watch* (HRW) ist das Militär in Myanmar seit dem Staatsstreich vom 1. Februar 2021 landesweit brutal gegen Millionen von Menschen vorgegangen, die sich seiner Herrschaft widersetzen. Die Sicherheitskräfte der Junta haben Massentötungen, willkürliche Verhaftungen, Folter, sexuelle Gewalt und andere Übergriffe begangen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit darstellen. Die Rede- und Versammlungsfreiheit ist stark eingeschränkt (HRW, 2023).

2.1 Verschärfung des Vorgehens gegen PDF in zweiter Hälfte des Jahres 2022

Verschärfung des Vorgehens der Militärjunta gegen die People Defence Force (PDF) in der zweiten Hälfte des Jahr 2022. Auf die Frage, ob die Militärjunta von Myanmar seit Sommer 2022 gemässiger gegenüber der «People's Defence Force» (PDF) auftritt, gab die von der SFH angefragte *Kontaktperson der burmesischen Menschenrechtsorganisation Assistance Association for Political Prisoners* (AAPP)² am 2. Mai 2023 an, dass das Vorgehen der Militärjunta schlimmer als je zuvor sei. Sie halte sich dabei nicht an nationales und internationales Recht (E-Mail-Antwort vom 2. Mai 2023 von der Kontaktperson von AAPP). Auch nach Angaben von *Amnesty International* (AI) hat sich das harte Vorgehen gegen Menschen, die sich der Militärregierung widersetzen, im Jahr 2022 weiter verschärft. Die Kampfhandlungen zwischen den Streitkräften der Militärregierung und den bewaffneten ethnischen Gruppen, den PDF und anderen bewaffneten Gruppen, die sich gegen den Putsch formiert haben, haben zugenommen. Sie greifen auch auf Zentral-Myanmar und andere Gebiete über, die bisher nicht von dem bewaffneten Konflikt betroffen gewesen waren. Das Militär wendet weiter seine sogenannte Vier-Schnitte-Strategie an, das heisst, es versucht, die bewaffneten Gruppen von Finanzmitteln, Nahrungsmitteln, Geheimdienstinformationen und Rekrut*innen abzuschneiden, was verheerende Folgen für die Zivilbevölkerung hat (AI, 2023). Gemäss dem *UNO-Sonderberichterstatter zur Menschenrechtslage in Myanmar* seien wahllose Angriffe und gezielte Angriffe auf die Zivilbevölkerung ein Markenzeichen der Strategie des SAC nach dem Putsch. Die Angriffe auf die Zivilbevölkerung hätten laut dem Bericht vom März 2023 in den letzten Monaten weiter zugenommen. In der zweiten Hälfte des Jahres 2022, als die PDF an Stärke gewannen und die Kontrolle des Militärs über das Territorium zunehmend in Frage stellten, setzte das SAC laut dem *UNO-Sonderberichterstatter zur Menschenrechtslage in Myanmar* seine Luftstreitkräfte verstärkt gegen Oppositionsgruppen und die Zivilbevölkerung ein. Das *Armed Conflict Location & Event Data Project* verzeichnete 207 Luftangriffe des Militärs in der zweiten Hälfte des Jahres 2022, verglichen mit 105 in der ersten Hälfte des Jahres 2022 und 90 im gesamten Jahr 2021. Bei diesen Angriffen wurden zivile Wohnhäuser, Schulen, medizinische Einrichtungen und religiöse Gebäude beschädigt, wobei es sich häufig um Vergeltungsmassnahmen für PDF-Operationen gegen das Militär zu handeln scheint (HRC, 9. März 2023). Am 21. Dezember 2022 verabschiedete der *UNO-Sicherheitsrat* zum ersten Mal seit 70 Jahren wieder eine Resolution zu Myanmar. Darin zeigte er sich tief besorgt

² Die Assistance Association for Political Prisoners (Burma), auch bekannt als AAPP, ist eine Menschenrechtsorganisation mit Sitz in Mae Sot, Thailand, und Rangun, Myanmar. Die AAPP setzt sich für die Freilassung aller verbleibenden politischen Gefangenen in Myanmar und für die Verbesserung ihrer Lebensqualität während und nach der Haft ein. AAPP hat Rehabilitations- und Hilfsprogramme für die freigelassenen politischen Aktivist*innen entwickelt und dokumentiert weiterhin die anhaltende Inhaftierung politischer Aktivist*innen in Myanmar.

über die schwerwiegenden Auswirkungen des Militärputsches und forderte ein Ende der Gewalt und die Freilassung politischer Gefangener (AI, 2023).

2.2 Tötungen von PDF-Mitgliedern

Aussergerichtliche Tötungen von Mitgliedern der PDF und mutmasslichen Unterstützenden. Laut den Angaben der *Kontaktperson von AAPP* haben Junta-Kräfte Mitglieder der PDF nach deren Verhaftung getötet (E-Mail-Antwort vom 2. Mai 2023 von der Kontaktperson von AAPP). Das OHCHR hat laut dem *UNO-Hochkommissar für Menschenrechte* Beispiele dokumentiert, in denen das Militär gezielt Personen tötete, die als der Opposition zugehörig angesehen wurden, und zwar in einer Art und Weise, die offenbar darauf abzielte, der Bevölkerung Angst einzujagen und die Unterstützung für Gruppen zu unterbinden, die gegen die Militärjunta aktiv sind. So enthauptete das Militär im Oktober 2022 in der Gemeinde Pauk in der Region Magway einen Lehrer und hängte seinen Kopf an das Tor der Schule. Zeug*innen zufolge wurde er beschuldigt, mit der oppositionellen «Regierung der Nationalen Einheit» (NUG) in Verbindung zu stehen (HRC, 2. März 2023). Auch bei Bodenangriffen auf Dörfer im ganzen Land hat das Militär nach Angaben des *UNO-Sonderberichterstatter zur Menschenrechtslage in Myanmar* weiterhin Zivilist*innen getötet. Zivilist*innen und gefangene Oppositionskämpfer*innen wurden in Gewahrsam der Junta-Kräfte exekutiert oder zu Tode gefoltert. Im November 2022 folterten, exekutierten und zerstückelten Soldaten Berichten zufolge 18 Personen, darunter sowohl PDF-Mitglieder als auch Zivilist*innen, in der Gemeinde Monywa in der Region Sagaing. Ende Februar und Anfang März 2023 exekutierte eine Kolonne von Soldaten Berichten zufolge mindestens 17 Menschen in der südlichen Sagaing-Region, darunter sowohl PDF-Mitglieder als auch Zivilist*innen, darunter auch Minderjährige und Frauen. Die Soldaten sollen laut dem *UNO-Sonderberichterstatter zur Menschenrechtslage in Myanmar* viele der Leichen verstümmelt und zerstückelt haben (HRC, 9. März 2023).

Mordkampagne gegen NLD- und PDF-Mitglieder. Das Regime förderte laut *US Department of State* (USDOS) die Bildung von Bürgerwehren, die gezielt gegen prodemokratische Gruppen und deren Familien vorgehen. Seit Ende April 2022 haben pro-militärische Bürgerwehren eine Reihe von gezielten Morden an Anhängern von Demokratiebewegungen und ihren Familienangehörigen verübt. Im April 2022 töteten diese Gruppen mindestens 13 Personen, darunter neun Mitglieder der ehemaligen Regierungspartei unter der Parteivorsitzenden Aung San Suu Kyi, der Nationalen Liga für Demokratie (NLD), nachdem sie den Start der «Roten Operation» angekündigt hatten, einer gegen NLD- und PDF-Mitglieder und ihre Familien gerichteten Mordkampagne (USDOS, 2023).

Todesfälle in Militärgewahrsam und aussergerichtliche Hinrichtungen. Nach Angaben des *UNO-Hochkommissars für Menschenrechte* wurden immer wieder Fälle dokumentiert, in denen Menschen in militärischem Gewahrsam starben, sowohl in offiziellen Haftanstalten als auch in inoffiziellen Einrichtungen. Glaubwürdigen Quellen zufolge sind seit Februar 2021 mindestens 920 Personen, darunter 52 Frauen, acht Mädchen und 44 Jungen, in Militärgewahrsam gestorben. Von den insgesamt 920 Todesfällen starben 110, darunter sechs Frauen und vier Kinder, in Verhörzentren, Gefängnissen, Polizeistationen oder anderen formellen Hafteinrichtungen. Die meisten Todesfälle ereigneten sich offenbar nach Verhaftungen in Dörfern und Städten, häufig nach Razzien. Die Region Sagaing ist mit 525 gemeldeten Todesfällen in Haft seit Februar 2021 weiterhin die gefährlichste Region für Zivilist*innen (HRC, 2. März 2023). USDOS berichtete, dass Sicherheitskräfte des Regimes am 23. Juli 2022 ein 45-jähriges ehemaliges Mitglied des Exekutivkomitees der NLD in Rangun in seinem Haus

verhaftet hätten, weil er angeblich die PDF unterstützt habe. Die Behörden des Regimes informierten später Familienangehörige, dass der Mann im Verhörzentrum an einem Herzinfarkt gestorben und seine Leiche eingäschert worden sei (USDOS, 2023).

2.3 Verhaftungen von PDF-Mitgliedern und ihren Angehörigen

Willkürliche Verhaftungen von Junta-Gegner*innen, mehr als 16'000 politische Gefangene, «Incommunicado»-Haft. Laut *UNO-Sonderberichterstatter zur Menschenrechtslage in Myanmar* seien willkürliche Massenverhaftungen eine Grundlage der Strategie des SAC zur Unterdrückung des Widerstands gegen die Militärherrschaft. Nach Angaben von AAPP befinden sich so rund 16'380 politische Gefangene im Gewahrsam der SAC (HRC, 9. März 2023). Nach Angaben von *Human Rights Watch* hat die Junta unter dem Juntachef Generaloberst Min Aung Hlaing den zivilen Raum immer weiter eingeengt und Aktivist*innen gezielt verfolgt und verhaftet (HRW, 2023). *Amnesty International* weist darauf hin, dass viele Mitglieder der ehemaligen Regierungspartei NLD sowie andere Unterstützer*innen der Anti-Putsch-Bewegung im Jahr 2022 willkürlich festgenommen und inhaftiert wurden. Häufig leugneten die Militärbehörden Festnahmen, sodass der Verbleib vieler Häftlinge über lange Zeiträume unbekannt blieb, was nach Einschätzung von *Amnesty International* einem «Verschwindenlassen» gleichkomme (AI, 2023). Auch USDOS weist darauf hin, dass es zahlreiche Berichte über willkürliche Verhaftungen gibt, einschliesslich Inhaftierungen durch das Regime an unbekanntem Orten (USDOS, 2023). Das Recht, gegen rechtswidrige Inhaftierungen vorzugehen, bleibt laut *Amnesty International* ausgesetzt (AI, 2023).

Staatliche Amnestie betraf kaum politische Gefangene. Während der SAC die Amnestie von mehr als 12'000 Gefangenen am 17. November 2022 und am 4. Januar 2023 - dem Nationalfeiertag beziehungsweise dem Tag der Unabhängigkeit von Myanmar - gross ankündigte, teilte die AAPP dem *UNO-Sonderberichterstatter zur Menschenrechtslage in Myanmar* mit, dass nur etwa 700 der Freigelassenen politische Gefangene waren (HRC, 9. März 2023).

Behörden zielen auch auf Familienangehörige von PDF-Mitgliedern. Der *UNO-Hochkommissar für Menschenrechte* weist darauf hin, dass das Militär es zunehmend auf Personen abgesehen hat, die beschuldigt werden, mit Anti-Militärjunta-Gruppen wie den PDF in Verbindung zu stehen, sowie auf deren Familien. Familienangehörige von Personen, gegen die ein Haftbefehl vorliegt, werden nach Angaben des *UNO-Hochkommissars* zunehmend willkürlich festgenommen und inhaftiert, unter anderem durch wiederholte Entführungen und die Geiselnahme von Kindern, was in einigen Fällen ein gewaltsames Verschwindenlassen darstelle. Dem *UNO-Hochkommissars für Menschenrechte* liegen glaubwürdige Informationen über Fälle vor, in denen die Militärbehörden, Familienangehörige verhaftet und inhaftiert haben, um ihre «Ziele» aus dem Versteck zu zwingen. Die Militärbehörden beabsichtigten damit NLD-Mitglieder, politische Aktivist*innen, Mitglieder bewaffneter Anti-Militärjunta-Gruppen oder Personen, die mit der «Bewegung für zivilen Ungehorsam» (*Civil Disobedience Movement*, CDM) in Verbindung stehen, festzunehmen. Im April 2022 nahm das Militär laut *UNO-Hochkommissar für Menschenrechte* beispielsweise in Yangon eine Familie ins Visier, die beschuldigt wurde, bewaffnete Anti-Militärjunta-Gruppen zu unterstützen. Personen in Zivil nahmen ein dreijähriges Kind aus dem Kindergarten in Gewahrsam, nachdem sie die Mutter des Kindes verhaftet hatten. Berichten zufolge wurde sie am 19. Dezember 2022 zu 20 Jahren Haft verurteilt. Seitdem sind keine weiteren Informationen über ihren Sohn eingegangen (HRC, 2.

März 2023). Nach Angaben von *Amnesty International* haben die Behörden Hunderte Menschen, darunter auch Kinder, stellvertretend für ihre Eltern oder Verwandten willkürlich in Haft genommen. Ende 2022 hielten die Militärbehörden Berichten zufolge mindestens 277 Personen, darunter 38 Kinder, wegen ihrer Beziehung zu einer gesuchten Person fest (AI, 2023).

2.4 Folter von PDF-Mitgliedern

Folter in Haft. Viele ehemalige Gefangene geben laut *Human Rights Watch* an, dass sie während ihrer Haft gefoltert oder misshandelt wurden, beispielsweise durch sexuelle Gewalt. Ein Journalist berichtete nach seiner Freilassung, dass er in Haft von Wärtern vergewaltigt und geschlagen wurde (HRW, 2023). Auch *Amnesty International* berichtet, dass Folter und andere Misshandlungen von Gefangenen weiterhin an der Tagesordnung sind. Regelmässig werden Personen nach ihrer Festnahme, in militärischen und polizeilichen Verhörzentren sowie in Gefängnissen gefoltert oder misshandelt. Dabei werden sie auch in Form von sexualisierter Gewalt, Schikanen und Demütigungen, unter anderem durch invasive Leibesvisitationen gefoltert. Zu den Betroffenen gehörten Frauen, Männer und Menschen mit anderer Geschlechtsidentität beziehungsweise sexueller Orientierung (AI, 2023).

Folter gegen mutmassliche PDF-Mitglieder. Nach Angaben des *UNO-Hochkommissars für Menschenrechte* gibt es glaubwürdige Berichte, dass das Militär auf Folter und Misshandlung von Gefangenen zurückgreift, vor allem in Vernehmungszentren. Die Befragten berichteten von schweren Schlägen, Scheinhinrichtungen, Aufhängen an der Decke ohne Nahrung oder Wasser, Stromschlägen, erzwungener Nacktheit vor anderen sowie sexueller Gewalt. Während die Verhöre früher darauf abzielten, die Anführer*innen der Proteste zu identifizieren, konzentrieren sie sich laut *UNO-Hochkommissar für Menschenrecht* zunehmend auf das Aufdecken der Verbindungen der Inhaftierten zu Anti-Militärjunta-Gruppen wie die PDF (HRC, 2. März 2023). Die *Kontaktperson von AAPP* gab der SFH an, dass PDF-Mitglieder nach der Verhaftung gefoltert würden. Die Fälle von Folterungen bis zum Tod nehmen nach Einschätzung der *Kontaktperson von AAPP* zu (E-Mail-Antwort vom 2. Mai 2023 von der Kontaktperson von AAPP).

Todesfälle durch Folter in Haft. Laut *UNO-Hochkommissar für Menschenrechte* ist die Zahl der Todesfälle in Haft aufgrund von Folter, Misshandlung oder unzureichendem Zugang zu medizinischer Versorgung nach wie vor alarmierend (HRC, 2. März 2023). Das Militär und die Polizei Myanmars sind für zahlreiche Todesfälle in der Haft verantwortlich. *Human Rights Watch* dokumentierte ausführlich den Tod von sechs inhaftierten Aktivist*innen, die offensichtlich gefoltert wurden oder denen eine angemessene medizinische Versorgung verweigert wurde. Nach Angaben von OHCHR sind seit dem Staatsstreich mindestens 273 Menschen in Polizei- oder Militärgewahrsam in Polizeistationen, militärischen Verhörzentren und Gefängnissen gestorben (HRW, 2023). *Amnesty International* geht von mindestens 356 Menschen aus, die im Jahr 2022 nachweislich durch Folter in Gewahrsam starben (AI, 2023).

2.5 Harte Strafen für Mitgliedschaft und Unterstützung von PDF

Gesetzliche Strafe für Verbindung zu PDF von zehn Jahren bis lebenslänglich Gefängnis. Nach Angaben von USDOS nutzt das Regime die Gesetze gegen den Terrorismus, um Gruppen und Einzelpersonen zu verhaften und zu bestrafen, die im politischen Leben des

Landes vor dem Staatsstreich aktiv waren. Das Regime bezeichnete die NUG, das Komitee zur Vertretung des Unionsparlaments und die PDF-Gruppen weiterhin als illegale terroristische Organisationen. Nach dem Gesetz droht jedem, der mit diesen Gruppen in Verbindung steht, eine Haftstrafe von zehn Jahren bis lebenslänglich (USDOS, 2023). Laut *UNO-Sonderberichterstattung zur Menschenrechtsslage in Myanmar* werden viele politische Gefangene in Scheinprozessen zu langen Haftstrafen wegen Aufwiegelung, Verrat, Terrorismus und Kontakt zu «illegalen» Organisationen verurteilt (HRC, 9. März 2023).

«Liken» oder «Teilen» von Beiträgen, die PDF unterstützen, in sozialen Medien kann mit bis zu zehn Jahren bestraft werden. Nach Angaben des *UNO-Hochkommissars für Menschenrechte* werden diejenigen, die sich dem Militär online oder offline widersetzen, schikaniert, verhaftet und strafrechtlich verfolgt. Am 20. September 2022 kriminalisierte das Militär Aktivitäten in den sozialen Medien, die als Widerstandshandlungen eingestuft wurden, einschliesslich des «Likens» von Beiträgen, die nach Ansicht des Militärs bewaffnete Anti-Militärjunta-Gruppen unterstützten. Solche Handlungen können mit bis zu zehn Jahren Gefängnis bestraft werden (HRC, 2. März 2023). Auch *Human Rights Watch* berichtet, dass die Junta im September 2022 warnte, dass das «Liken» oder «Teilen» von Inhalten von Gegnern in den sozialen Medien zu einer Gefängnisstrafe von bis zu zehn Jahren führen kann (HRW, 2023).

Strafverfahren wegen Online-Kommentaren. Die Rechtsreformen des Regimes schränken nach Angaben von *Freedom House* das Recht auf freie Meinungsäusserung stark ein. Hunderte von Menschen wurden auf der Grundlage des überarbeiteten Gesetzes verhaftet und strafrechtlich verfolgt, in der Regel aufgrund von Online-Kommentaren (Freedom House, 2023).

Keine unabhängige Justiz und eklatant unfaire Prozesse. Der *UNO-Hochkommissars für Menschenrechte* weist darauf hin, dass die Justiz von Myanmar und die Nationale Menschenrechtskommission faktisch unter die Kontrolle des Militärs gestellt wurden, wodurch jegliches Element der Unabhängigkeit und Glaubwürdigkeit beseitigt wurde (HRC, 2. März 2023). Nach Angaben von *Human Rights Watch* führt die Militärjunta in nicht-öffentlichen Gerichten eklatant unfaire Prozesse durch und verhängt lange und oft harte Strafen (HRW, 2023). *Amnesty International berichtet*, dass in Behelfsgerichten in Gefängnissen hinter verschlossenen Türen eklatant unfaire Prozesse gegen Personen geführt wurden, die nach dem Staatsstreich festgenommen worden waren. In Gebieten, in denen das Kriegsrecht herrscht, finden die Verfahren vor Militärgerichten statt und die Angeklagten haben keinen Zugang zu Rechtsbeiständen oder Rechtsbehelfen. Rechtsbeistände, die aus politischen Gründen inhaftierte Personen verteidigen, werden festgenommen, bedroht und schikaniert (AI, 2023). Zahlreiche Befragte berichteten nach Angaben des *UNO-Hochkommissars für Menschenrechte*, dass Prozesse in Myanmar in der Regel hinter verschlossenen Türen in Sondergerichten innerhalb von Gefängnissen stattfanden, in der Regel ohne Rechtsbeistand für die Angeklagten, und dass Berufungen und andere Beschwerdeverfahren als verfahrenstechnische Formalität betrachtet wurden. Anwält*innen, Praktiker*innen und andere Gesprächspartner*innen, die mit dem Justiz- und Strafvollzugssystem vertraut sind, bestätigten dem *UNO-Hochkommissar für Menschenrechte*, dass die vom Militär kontrollierten Gerichte systematisch gegen die Grundprinzipien der Unabhängigkeit und Unparteilichkeit verstossen (HRC, 2. März 2023).

Todesurteile gegen Regimegegner*innen und Vollstreckung der Todesstrafe. Laut *UNO-Sonderberichterstattung zur Menschenrechtsslage in Myanmar* haben die von der Junta kontrollierten Gerichte weiterhin Todesurteile verhängt. 103 politische Gefangene befinden sich in

der Todeszelle und sind von der Hinrichtung bedroht, während 41 Personen in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden sind (HRC, 9. März 2023). Im Juli 2022 nahm Myanmar die Vollstreckung der Todesstrafe wieder auf und richtete vier Personen nach einem drei Jahrzehnte währenden Moratorium hin (HRC, 2. März 2023).

Überwachung vor Ort als auch im Internet. Nach Angaben von *Amnesty International* verstärkten die Militärbehörden ihre Überwachungsmassnahmen, auch im Internet, wodurch die freie Meinungsäusserung weiter beschnitten wurde. Auch die Rechte auf Privatsphäre, Informations- und Vereinigungsfreiheit erfuhr dadurch starke Einschränkungen. An zahlreichen Kontrollpunkten in Städten im ganzen Land wurden Menschen willkürlich angehalten und durchsucht, und in jedem Bezirk gab es Informant*innen in Zivil. In den Grossstädten sollen Überwachungskameras mit Gesichtserkennungsfunktion eingesetzt worden sein (AI, 2023). Auch *Freedom House* wies darauf hin, dass private Diskussionen und persönliche Meinungsäusserungen – die bereits durch staatliche Überwachung und Gesetze zur Unterbindung von Online-Diskussionen eingeschränkt waren – nach dem Putsch von 2021 noch schwieriger wurden. Nach der Machtübernahme habe das Regime so weitreichende Änderungen des bestehenden Rechts vorgenommen, mehrere wichtige Menschenrechtsschutzmassnahmen gegen willkürliche Überwachung aufgehoben und Online-Umgehungstools, um die Überwachung zu umgehen, verboten (Freedom House, 2023).

3 Rückkehrenden droht Haft, Folter und Tod

UNO-Hochkommissar für Menschenrechte fordert Moratorium für Rückführung von Flüchtlingen und Migrant*innen aus Myanmar. Der *UNO-Hochkommissar für Menschenrechte Volker Türk* hat am 26. Oktober 2022 angesichts der schweren Menschenrechtskrise in Myanmar ein Moratorium für die Rückführung von Flüchtlingen und Migrant*innen nach Myanmar gefordert. Angesichts der zunehmenden Gewalt und Instabilität sowie des Zusammenbruchs der myanmarischen Wirtschaft und der Sozialsysteme sei es nicht der richtige Zeitpunkt, um jemanden nach Myanmar zurückzuschicken. Dies gelte vor allem für Personen mit besonderen Schutzbedürfnissen, wie politische Aktivist*innen oder Überläufer*innen aus dem Militär, die bei einer Rückkehr stark gefährdet seien (OHCHR, Oktober 2022).

Flüchtlingen droht bei Deportation nach Myanmar Haft, Folter oder sogar Hinrichtung. Der *UNO-Sonderberichterstatter zur Menschenrechtslage in Myanmar* zeigt sich besorgt, dass einige Regierungen Flüchtlinge und andere Staatsangehörige Myanmars gewaltsam nach Myanmar zurückgeschickt haben, obwohl ihnen dort Haft, Folter oder sogar die Hinrichtung drohen. Nach Einschätzung des *UNO-Sonderberichtstatters zur Menschenrechtslage in Myanmar* stellen diese Deportationen einen Verstoss gegen den Grundsatz der Nichtzurückweisung (non-refoulement) nach internationalem Recht dar. Eine Abschiebung im Oktober 2022 betraf sechs Militärdeserteure, denen die Todesstrafe droht und die nach ihrer Übergabe an das SAC wahrscheinlich gefoltert wurden. Im Dezember 2022 hob ein malaysisches Gericht eine Aussetzungsanordnung auf, die die Abschiebung von 114 myanmarischen Staatsangehörigen für fast zwei Jahre gestoppt hatte. Die Gruppe, zu der auch Kinder und andere vulnerable Personen gehörten, wurde im Januar 2023 nach Myanmar zurückgeschickt. UNO-Beamte und Journalist*innen, die die Abschiebungen verfolgten, konnten keine Informationen über den Verbleib oder die Bedingungen vieler schutzbedürftiger Abgeschobener finden, nachdem sie zur Rückkehr nach Myanmar gezwungen wurden, einschliesslich der im Oktober 2022 zurückgeschickten Abgeschobenen (HRC, 9. März 2023).

Deportierte PDF-Mitglieder wurden mutmasslich getötet und an geheimen Orten «verschwinden gelassen». Die *Kontaktperson von AAPP* gab der SFH am 2. Mai 2023 an, dass zum Beispiel vor Kurzem drei PDF-Mitglieder in Mae Sot in Thailand von der thailändischen Einwanderungsbehörde verhaftet und an die Junta zurückgeschickt wurden. Einer sei getötet worden, zwei weitere seien an einen geheimen Ort gebracht worden, und die Familienmitglieder wüssten nicht, wohin sie gebracht wurden (E-Mail-Antwort vom 2. Mai 2023 von der Kontaktperson von AAPP).

Nachbarländer haben zehntausende Menschen deportiert, ohne Menschenrechtsrisiken individuell zu ermitteln. Die Nachbarländer haben seit dem Staatsstreich Zehntausende von Staatsangehörigen Myanmars offiziell deportiert, was nach Einschätzung des *UNO-Sonderberichtstatters zur Menschenrechtslage in Myanmar* ihr Leben und ihre Sicherheit bedroht. Nach Angaben der UNO haben die Regierungen seit dem Putsch jeden Monat Tausende von Menschen nach Myanmar abgeschoben. Auch wenn es sich bei vielen dieser Personen mutmasslich um Migrant*innen handelte, die keine Papiere vorweisen konnten oder deren Visum abgelaufen war, erhöhen die katastrophalen sozioökonomischen Bedingungen in Myanmar sowie die Gewalt und Unterdrückung durch die SAC das Risiko von Menschenrechtsverletzungen für alle unfreiwilligen Rückkehrenden. Myanmars Nachbarn haben es nach Einschätzung des *UNO-Sonderberichtstatters zur Menschenrechtslage in Myanmar* im Grossen und Ganzen versäumt, die Menschenrechtsrisiken für die zurückgeschickten Personen individuell zu ermitteln, was wahrscheinlich zur Deportation von Personen führte, die nach internationalem Recht Schutz verdienen. Die Abschiebungen haben zu Menschenrechtsverletzungen geführt, darunter Verstösse gegen wirtschaftliche und soziale Rechte und das Recht auf Familienleben. Die Behörden haben auch wissentlich vom UNHCR registrierte Flüchtlinge und andere Personen abgeschoben, für die ein hohes Risiko willkürlicher Verhaftung, Folter und anderer Menschenrechtsverletzungen durch das SAC oder das Militär besteht. Thailand schiebt jede Woche Hunderte myanmarische Staatsangehörige an verschiedenen Grenzübergängen ab. Allein aus der Provinz Tak wurden im Jahr 2022 mehr als 30'000 Menschen abgeschoben. Derzeit prüfen die thailändischen Behörden die Abgeschobenen weder auf ihre menschenrechtlichen Risikoprofile noch bewerten sie ihre Anträge auf Schutz. In einigen Fällen hat sich der UNHCR erfolgreich für Menschen eingesetzt, um die Abschiebung zu verhindern. Dennoch hat der *UNO-Sonderberichtstatter* Berichte über Personen erhalten, die mit der pro-demokratischen Bewegung in Verbindung stehen und wahrscheinlich einen berechtigten Anspruch auf Flüchtlingsschutz haben und nach Myanmar abgeschoben wurden (HRC, 9. März 2023).

Militärjunta hat Regierungen in der Region proaktiv um Rückführung von Regimegegner*innen gebeten. Laut *UNO-Sonderberichtstatter zur Menschenrechtslage in Myanmar* hat die SAC proaktiv Regierungen in der Region um Hilfe gebeten, um die Rückkehr von Aktivist*innen, CDM-Teilnehmenden, Militärdeserteuren und anderen Juntagegnern sicherzustellen. Im Oktober 2022 hatte Myanmars stellvertretender Innenminister nach Angaben der staatlichen Medien Myanmars INTERPOL und Strafverfolgungsbeamte aus Malaysia, Thailand und Indonesien um Zusammenarbeit bei der Festnahme und Rückführung gesuchter Personen, einschliesslich «Terrorist*innen, die sich im Ausland verstecken» gebeten (HRC, 9. März 2023).

Einige prominente Personen haben mutmasslich unbehelligt zurückkehren können, unter der Bedingung, sich zu stellen und sich für Propaganda für die Militärjunta

einspannen zu lassen. Nach Angaben der Kontaktperson von AAPP seien einige prominente Personen aus dem Exil nach Myanmar zurückgekehrt und wurden nicht verhaftet. Bevor sie jedoch zurückkehrten, hätten sie sich stellen müssen. Dann hätten sie sich bereit erklären müssen, an den Propagandaprogrammen der Militärjunta teilzunehmen (E-Mail-Antwort vom 2. Mai 2023 von der Kontaktperson von AAPP).

4 Quellen

AI, 2023:

*«Das harte Vorgehen gegen Menschen, die sich der Militärregierung widersetzen, wurde weiter verschärft. Tausende Menschen wurden willkürlich inhaftiert und gegen mehr als 1.000 Oppositionspolitiker*innen, politische Aktivist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und andere Personen ergingen Urteile in unfairen Gerichtsprozessen. Nach wie vor war die Folterung von Gefangenen weit verbreitet. Vier Männer wurden nach unfairen Gerichtsverfahren aufgrund politisch motivierter Anklagen hingerichtet.[...] Der gewaltlose und auch der bewaffnete Widerstand gegen diese Militärrherrschaft, die auf den Putsch vom Februar 2021 und die Inhaftierung von Angehörigen der Zivilregierung folgte, dauerte 2022 an. Die Kampfhandlungen zwischen den Streitkräften der Militärregierung und den bewaffneten ethnischen Gruppen, den Volksverteidigungskräften [People's Defence Force] und anderen bewaffneten Gruppen, die sich gegen den Putsch formiert hatten, nahmen zu und breiteten sich auf Zentral-Myanmar und andere Gebiete aus, die bisher nicht von dem bewaffneten Konflikt betroffen gewesen waren. Das Militär wandte weiter seine sogenannte Vier-Schnitte-Strategie an, d. h. es versuchte, die bewaffneten Gruppen von Finanzmitteln, Nahrungsmitteln, Geheimdienstinformationen und Rekrut*innen abzuschneiden, was verheerende Folgen für die Zivilbevölkerung hatte. Die Regierung der Nationalen Einheit, die 2021 gebildet wurde und aus Vertreter*innen der abgesetzten Regierung unter der Nationalen Liga für Demokratie (NLD) sowie Angehörigen der bewaffneten ethnischen Gruppen und der Zivilgesellschaft bestand, setzte ihren Widerstand gegen die Militärregierung fort. Am 21. Dezember 2022 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat zum ersten Mal seit 70 Jahren wieder eine Resolution zu Myanmar. Darin zeigte er sich tief besorgt über die schwerwiegenden Auswirkungen des Militärputsches und forderte ein Ende der Gewalt, die Freilassung politischer Gefangener, ungehinderten humanitären Zugang sowie die Achtung der Rechte von Frauen und Mädchen. [...] Viele Mitglieder der ehemaligen Regierungspartei NLD sowie andere Unterstützer*innen der Anti-Putsch-Bewegung wurden auch 2022 in willkürlich festgenommen und inhaftiert. Nach Angaben der Gefangenenhilfsorganisation Assistance Association for Political Prisoners (Burma) (AAPP) nahmen die Militärbehörden im Laufe des Jahres mindestens 5.415 Menschen fest. Im November 2022 wurden anlässlich des Nationalfeiertags mehr als 5.000 Gefangene freigelassen, darunter auch 402 politische Aktivist*innen. Mindestens 13.272 Personen, die seit dem Staatsstreich aus politischen Gründen festgenommen worden waren, befanden sich am Jahresende jedoch weiter in Haft. Häufig leugneten die Militärbehörden Festnahmen, sodass der Verbleib vieler Häftlinge über lange Zeiträume unbekannt blieb, was dem Verschwindenlassen gleichkam. Das Recht, gegen rechtswidrige Inhaftierungen vorzugehen, blieb ausgesetzt. Hunderte Menschen, darunter auch Kinder, wurden stellvertretend für ihre Eltern oder Verwandten willkürlich in Haft genommen. Ende 2022 hielten die Militärbehörden Berichten zufolge mindestens 277 Personen, darunter 38 Kinder, wegen ihrer Beziehung zu einer gesuchten Person*

fest. [...] Die Militärbehörden verstärkten ihre Überwachungsmassnahmen, auch im Internet, wodurch die freie Meinungsäusserung weiter beschnitten wurde. Auch die Rechte auf Privatsphäre, Informations- und Vereinigungsfreiheit sowie Freizügigkeit erlitten dadurch starke Einschränkungen. An zahlreichen Kontrollpunkten in Städten im ganzen Land wurden Menschen willkürlich angehalten und durchsucht, und in jedem Bezirk gab es Informant*innen in Zivil. In den Grossstädten sollen Überwachungskameras mit Gesichtserkennungsfunktion eingesetzt worden sein. Die Militärbehörden ordneten weiterhin in regelmässigen Abständen die Abschaltung von Internet und Telefonverbindungen an, insbesondere in Regionen, die von bewaffneten Auseinandersetzungen betroffen waren. [...] Die Militärbehörden versuchten die finanzielle Grundlage der Widerstandsbewegung zu zerstören, indem sie das Eigentum und andere Vermögenswerte von Personen beschlagnahmten, die im Verdacht standen, der Regierung der Nationalen Einheit oder bewaffneten Widerstandsgruppen anzugehören bzw. diese finanziell oder mit anderen Mitteln zu unterstützen. Zudem wurden Personen, die Geld für Binnenvertriebene gespendet hatten, festgenommen, nachdem die Militärbehörden die Spenden anhand von Aufzeichnungen des mobilen Zahlungsverkehrs zurückverfolgt hatten.

[...] In Behelfsgerichten in Gefängnissen wurden hinter verschlossenen Türen grob unfaire Prozesse gegen Personen geführt, die nach dem Staatsstreich festgenommen worden waren. In Gebieten, in denen das Kriegsrecht herrschte, fanden die Verfahren vor Militärgerichten statt und die Angeklagten hatten keinen Zugang zu Rechtsbeiständen oder Rechtsbehelfen. Demokratieaktivist*innen, Oppositionspolitiker*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen gehörten zu den mehr als 1.000 Personen, die im Laufe des Jahres 2022 schuldig gesprochen und verurteilt wurden – u. a. wurden Todesurteile und lange Haftstrafen mit Zwangsarbeit verhängt. Rechtsbeistände, die aus politischen Gründen inhaftierte Personen verteidigten, wurden festgenommen, bedroht und schikaniert. [...] Folterungen und andere Misshandlungen von Gefangenen waren 2022 nach wie vor an der Tagesordnung. Regelmässig wurden Personen nach ihrer Festnahme, in militärischen und polizeilichen Verhörzentren sowie in Gefängnissen gefoltert oder anderweitig misshandelt. Einige Gefangene erlitten bei den Verhören und während ihrer Inhaftierung Folter in Form von sexualisierter Gewalt, Schikanen und Demütigungen, u. a. durch invasive Leibesvisitationen. Zu den Betroffenen gehörten Frauen, Männer und Menschen mit anderer Geschlechtsidentität bzw. sexueller Orientierung. Im Laufe des Jahres starben nachweislich mindestens 356 Menschen durch Folter in Gewahrsam.

Todesstrafe. Im Juli 2022 wurden in Myanmar erstmals seit den 1980er-Jahren wieder Todesurteile vollstreckt. Der Parlamentarier Phyo Zeya Thaw, Mitglied der NLD, der Demokratieaktivist Kyaw Min Yu (auch bekannt als Ko Jimmy), Hla Myo Aung und Aung Thura Zaw wurden hingerichtet, nachdem sie in nicht öffentlichen Prozessen vor Militärgerichten zum Tode verurteilt worden waren. Im Laufe des Jahres ergingen weitere Todesurteile gegen Dutzende Menschen.»

Quelle: Amnesty International (AI), Amnesty International Report 2022/23; Zur weltweiten Lage der Menschenrechte; Myanmar 2022, 28. März 2023: <https://www.ecoi.net/de/dokument/2089571.html>.

Freedom House, 2023:

«Private discussion and personal expression—already constrained by state surveillance and laws inhibiting online speech—became more difficult following the 2021 coup. Upon taking power, the regime enacted sweeping revisions of existing legal code,

removing several key human rights protections against arbitrary surveillance and banning online circumvention tools to evade surveillance.

The regime's legal reforms also severely curtailed freedom of expression. Hundreds of people were arrested and prosecuted under the revised legal code, usually for comments made online; hundreds of others have been forced into hiding or exile to avoid arrest; and many have been killed in protests, targeted by attack, or killed by military execution. In July 2022 the regime executed four pro-democracy activists, including writer-activist Ko Jimmy and singer and former lawmaker Phyo Zeyar Thaw, after convicting them in a sham trial by military tribunal. Capital punishment had not been used in decades.» Quelle: Freedom House, Freedom in the World 2023 - Myanmar, 2023: <https://www.ecoi.net/de/dokument/2088544.html>.

HRC, 9. März 2023:

«Two years after an unconstitutional coup d'état, Myanmar is in the midst of a devastating human rights and humanitarian crisis. The military's systematic attacks on civilians have precipitated a spiral of violence that is gripping the entire country. The State Administration Council (SAC), as the junta is known, has hollowed out state institutions, leading to the collapse of government services and rule of law. Myanmar's economy has imploded. [...]The international community's failed response to the crisis in Myanmar extends to Member States' treatment of those fleeing deprivation, violence, and human rights violations. Some governments have forcibly returned refugees and other Myanmar nationals to Myanmar despite the risk of imprisonment, torture, or even execution, violating the principle of non-refoulement under international law. [...]

Two years on from the coup, the SAC's strategy, which is centered on oppression and violence, has not changed. However, rather than suppressing dissent, this strategy has done the opposite, fueling public opposition and eroding the SAC's control over more and more of the country. As described in the Special Rapporteur's recent paper (A/HRC/52/CRP.2), the military has lost ground in its battles with People's Defense Forces (PDFs) and ethnic resistance organizations, calling into question the sustainability of the SAC's rule. While the Myanmar public cheers the military's losses, people continue to suffer as the junta doubles down on its brutal tactics and sows violence and chaos across an ever-widening sphere of conflict.

Indiscriminate attacks and the targeting of civilian populations have been a hallmark of the SAC's post-coup strategy. Attacks on civilians have continued apace in recent months. According to the Assistance Association for Political Prisoners (AAPP), 3,111 civilians have been killed by the military since the coup. This figure almost certainly does not capture all categories of civilian casualties, such as killings by opposition forces or pro-junta vigilante groups, nor does it fully capture the extent of civilian deaths linked to fighting in ethnic areas.

14. In the latter half of 2022, as PDFs gained strength and increasingly challenged the military's control of territory, the SAC stepped up its use of airpower to target opposition groups and civilian populations. The Armed Conflict Location & Event Data Project recorded 207 airstrikes by the military in the second half of 2022, compared to 105 in the first half of 2022 and 90 in all of 2021. [...] Civilian homes, schools, medical facilities, and religious buildings were damaged in these attacks, which often appeared to be in retaliation for PDF operations targeting the military.

[...] The military has also continued to kill civilians in ground assaults on villages throughout the country. Civilians and captured opposition fighters have been executed

and tortured to death while in the custody of junta forces. In November 2022, soldiers reportedly tortured, executed, and dismembered 18 individuals, including both PDF fighters and civilians, in Monywa Township, Sagaing Region. In late February and early March 2023, a column of soldiers reportedly executed at least 17 people in southern Sagaing Region, including both PDF fighters and civilians, some of whom were minors and women. The soldiers reportedly mutilated and dismembered many of the bodies.

[...]

Mass arbitrary detention continues to be a foundation of the SAC's strategy to suppress opposition to military rule. 16,380 political prisoners are in the custody of the SAC, according to AAPP. Junta-controlled courts have continued to hand down death sentences. 103 political prisoners are on death row and at risk of execution, while 41 people have been sentenced to death in absentia.

26. *While the SAC vigorously publicized the amnesty of more than 12,000 prisoners on 17 November 2022 and 4 January 2023—Myanmar's National Day and Independence Day, respectively—AAPP informed the Special Rapporteur that only about 700 of those released were political prisoners.*

27. *Sham trials continue, with many political prisoners handed lengthy prison sentences on charges relating to incitement, treason, terrorism, and contact with "unlawful" organizations.*

[...] *Deportations*

49. *Neighboring countries have formally deported tens of thousands of Myanmar nationals since the coup, threatening their lives and safety and violating the principle of non-refoulement. In October 2022, responding to mounting deportations of vulnerable people to Myanmar, the UN High Commissioner on Human Rights called for a moratorium on forced returns of refugees and migrants to Myanmar.*

50. *According to the UN, governments have deported thousands of people back to Myanmar every month since the coup. Although many of these individuals may have been migrants who lacked documentation or overstayed visas, the dire socio-economic conditions in Myanmar and the SAC's violence and oppression increases the risk of human rights abuses for all involuntary returnees. Myanmar's neighbors have, by-and-large, failed to carry out individual determinations of the human rights risks faced by those who have been returned, likely leading to the refoulement of persons deserving of protection under international law. Deportations have resulted in human rights harms, including violations of economic and social rights and the right to family life. Authorities have also knowingly deported UNHCR registered refugees and others at severe risk of arbitrary arrest, torture, and other human rights violations by the SAC or military.*

51. *The SAC has proactively sought assistance from governments in the region to secure the return of activists, CDM participants, military deserters, and other junta opponents. In October 2022, according to Myanmar state media, Myanmar's Deputy Minister for Home Affairs asked for cooperation from INTERPOL and law enforcement officials from Malaysia, Thailand, and Indonesia to arrest and repatriate wanted individuals, including "terrorists hiding in foreign countries."*

52. *Malaysian immigration authorities have reportedly deported more than 3,000 Myanmar nationals since the coup. In February 2021, just weeks after the coup, Malaysia deported 1,086 Myanmar nationals who arrived by boat, including at risk women, unaccompanied children, and other vulnerable individuals in violation of a court order halting their deportation. Deportations have continued from Malaysia despite calls from UNHCR, OHCHR, and others*

to halt the forced repatriation of all Myanmar nationals and UNHCR's specific interventions on behalf of individuals who were subsequently deported. Myanmar Embassy officials met with Malaysia's Immigration Department to "expedite" the return of Myanmar nationals prior to a series of deportations in September and October 2022. Some of those returned were individuals who had registered with UNHCR but were not yet in possession of UNHCR documentation. **An October 2022 deportation included six military deserters, who could face the death penalty and are likely to have been tortured after being handed over to the SAC. In December 2022, a Malaysian court lifted a stay order that had halted the deportation of 114 Myanmar nationals for almost two years. The group, which reportedly included children and other vulnerable people, were returned to Myanmar in January 2023. UN officials and journalists following the deportations have not been able to find information concerning the whereabouts or conditions of many vulnerable deportees after they were forced back to Myanmar, including the deserters returned in October 2022.**

53. On 22 March 2022, the Government of India forcibly repatriated a Rohingya woman more than a year after she was detained by authorities in Jammu and Kashmir. The woman—as well as her husband and three children, who were not deported—were all registered as refugees with UNHCR. Lawyers working with refugee populations in India have filed cases in several jurisdictions to try to prevent further deportations. In November 2022, India's Home Minister reportedly tasked intelligence officials to arrest and deport 100 "illegal migrants" in each state. Human rights defenders remain concerned about the fate of hundreds of detained Myanmar nationals.

54. **Thailand currently deports hundreds of Myanmar nationals each week at various border crossings. More than 30,000 people were deported from Tak Province alone in 2022. At present, Thai authorities do not screen deportees for human rights risks or assess their requests for protection. In some cases, UNHCR has successfully intervened on behalf of people with refugee protection concerns to prevent deportation. Nevertheless, the Special Rapporteur has received reports of individuals affiliated with the pro-democracy movement who likely have valid refugee claims being deported to Myanmar.**» Quelle: HRC – UN Human Rights Council, Situation of human rights in Myanmar; Report of the Special Rapporteur on the situation of human rights in Myanmar, Thomas H. Andrews [A/HRC/52/133], 9. März 2023, S. 4-7;11-12: https://www.ecoi.net/en/file/local/2088856/A_HRC_52_66_AdvanceUnditedVersion.doc.

HRC. 2. März 2023:

«Meanwhile, anti-military armed groups have organized themselves nationwide, with often improvised and rudimentary weapons, and the National Unity Government has reported establishing functioning institutions in areas under its control. [...] Anti-military armed groups refer to People's Defense Forces and other local groups that have resorted to armed resistance against the military coup [...] As noted in previous reports, the catastrophic human rights situation continues to fester. There are reasonable grounds to believe that acts by the military constitute human rights violations and violations of international humanitarian law, some of which may amount to international war crimes, including the widespread use of indiscriminate airstrikes and artillery attacks against populated areas, the raiding and burning of villages, arbitrary arrests, the use of torture, extrajudicial killings and sexual violence. OHCHR has documented consistent tactics and patterns of abuse across the country, confirming that the military authorities operate as a solid and coherent structure, implying knowledge by the leadership of the commission of atrocities and/or, at minimum, failures to foreseeably prevent them.

Deaths in military custody and extrajudicial executions.

24. **Documented cases of individuals dying while in military custody, both in official places of detention and in informal settings, continued to emerge. According to credible sources, at least 920 individuals, including 52 women, 8 girls and 44 boys have died since February 2021 while in military custody – 554 of whom died during the reporting period. This figure represents over 31 per cent of the total number of persons verified as having been killed by the military. Of the total of 920 deaths, 110, including 6 women and 4 children, died in interrogation centres, prisons, police stations or other formal detention settings. Most deaths appear to have occurred following arrests carried out in villages and towns, often after raids. The Sagaing Region remains the most dangerous region for civilians, with 525 reported deaths in custody since February 2021.**

25. Numerous interviewees reported similar incidents of the military and affiliated groups entering villages and arresting those left behind across the country. Oftentimes, people with disabilities have been left behind as they were unable to flee before the arrival of the military; others stayed behind to protect their cattle and belongings. Such people are typically detained and questioned, often blindfolded, with their hands tied before being shot dead – the most prevalent method of execution. Numerous interviewees provided chilling accounts of the discovery of bodies upon returning to villages, with some witnesses alleging that acts of sexual violence have been perpetrated. If not killed, individuals are taken away, reportedly to be used as human shields, porters or guides. Their fates often remain unknown. In one of many similar incidents, an interviewee from a village in Pale Township reported that on 11 July the military entered the village and arrested four villagers. According to the interviewee, the villagers later found the bodies, of a man, a woman and a girl, with gunshot wounds to the front of their heads. A fourth body was subsequently found partially buried with marks consistent with signs of beating.

26. **Similarly, OHCHR has documented the widespread use of extrajudicial executions, particularly during ground operations. Numerous sources consistently reported that the military often kill individuals trying to flee on sight or after arresting them. An interviewee from Budalin Township, Sagaing Region, reported that in May, after a clash with anti-military groups, the military killed nine fleeing villagers by shooting them in the head, including two elders and a woman. During the reporting period, there were at least 23 incidents across four states and regions where five or more people were reported by credible sources to have been killed under similar circumstances.**

27. **OHCHR has documented examples where the military conducted targeted killings of perceived opposition-affiliated individuals in a manner that appeared designed to instil fear among the population and to halt support for anti-military groups. In October, for instance, in Pauk Township, Magway Region, the military beheaded a schoolteacher and hung his head on the gate of the school. Witnesses believed that he had been accused of being affiliated with the National Unity Government.[...]**

Credible information has been received about cases in which the military authorities, having failed to arrest an intended target, such as members of the National League for Democracy, political activists, anti-military armed group members or individuals associated with the civil disobedience movement, have arrested and detained family members to force their targets out of hiding. In April, in Yangon, the military targeted a family accused of supporting anti-military armed groups. Plain-clothes individuals took a three-year-old into custody from its kindergarten after having arrested the child's mother. On 19 December, she was reportedly sentenced to 20 years' imprisonment. No additional information about her son has since been received.

[...]

Instrumentalization of the legal framework and subversion of the judiciary

44. The military authorities have also targeted the country's legal and institutional systems by unilaterally adopting laws, imposing amendments to existing provisions and using laws and institutions to target opponents and suppress dissent. **The judiciary of Myanmar and the National Human Rights Commission have effectively been subsumed under military control, thus eliminating any element of independence and credibility.**

45. **In 2021, amendments to the Counter-Terrorism Law introduced higher penalties as well as vague formulations that are open to arbitrary application.** Within the reporting period, charges were brought against 226 individuals and sentences were issued against 124 individuals. **On 25 May, the military issued a measure entitled the Myanmar Police Act, bringing the police under the direct command of the military. The measure purported to grant the Commander-in-Chief of the Myanmar Military unchecked powers over senior appointments and the internal organization of the police. In addition, it allowed for the deployment of the police as auxiliary forces in military operations relating to national security and defence and authorized police officers to carry out warrantless arrests at any time.**

46. **Cases have often been adjudicated in military-controlled courts that failed to respect basic fair trial guarantees, as demonstrated by the proceedings against detained President Win Myint and State Counsellor Aung San Suu Kyi. Numerous interviewees reported that trials were typically conducted behind closed doors in special courts within prisons, usually without legal representation for the accused, and with appeals and other complaint procedures considered as a procedural formality. In July, Myanmar resumed implementation of the death penalty by executing four individuals after a three-decade-long moratorium. As of 31 January, 143 people have been sentenced to death, including 42 reportedly tried in absentia.**

47. **Lawyers, practitioners and other interlocutors familiar with the justice and prison systems confirmed that military-controlled courts systematically violate core principles of independence and impartiality. Some reported being asked by judges not to attend court hearings as verdicts would simply confirm the charges laid. [...]**

Numerous interviewees stated that anyone can be arrested at any time. They noted that the military had progressively targeted individuals accused of association with anti-military groups and their families. Increasingly, family members of persons with outstanding arrest warrants face arbitrary arrest and detention, including through repeated abductions and the hostage-taking of children as young as three, which constitute, in some cases, enforced disappearances.

51. **Credible reports persisted that the military continues to rely on tactics amounting to torture and ill-treatment against detainees, mostly in interrogation centres. Interviewees described instances of severe beatings; mock executions; being suspended from ceilings without food or water; electrocution; forced nudity in front of others; and sexual violence, including against men and LGBTIQ+ individuals. While interrogations were previously aimed at identifying the leadership of protests, they have increasingly been focused on inquiries about the connections of detainees with anti-military groups. OHCHR received consistent reports about inadequate conditions in detention, which may amount to torture, including overcrowding; insufficient sanitation and hygiene; and lack of access to or denial of health-care services, food and water. Deaths in detention due to torture, ill-treatment or inadequate access to medical care continue to be reported at alarming levels.**

[...] Since 1 February 2021, the military has adopted measures severely limiting civic space, including restrictions on the rights to freedom of expression, association, peaceful assembly and movement and public participation. **Those opposing the military continue to be harassed, arrested and prosecuted for the peaceful exercise of their rights, both online and offline. On 20 September, the military criminalized social media activity determined to constitute acts of opposition, including “liking” posts that the military deemed to be supportive of anti-military armed groups. Such acts carry penalties of up to 10 years in prison.**» Quelle: UN Human Rights Council (HRC), Situation of human rights in Myanmar since 1 February 2022; Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights, 2. März 2023, S. 3-4; 6-7; 10-11: https://www.ecoi.net/en/file/loc/cal/2088384/A_HRC_52_21_AdvanceEditedVersion.docx.

HRW, 2023:

«Since staging a coup on February 1, 2021, the Myanmar military has carried out a brutal nationwide crackdown on millions of people opposed to its rule. The junta security forces have carried out mass killings, arbitrary arrests, torture, sexual violence, and other abuses that amount to crimes against humanity. Freedom of speech and assembly face severe restrictions. [...] Since the coup, junta authorities have arbitrarily arrested more than 16,000 pro-democracy supporters. Many former detainees alleged torture or other ill-treatment, such as sexual violence, during their detention. One journalist recounted after his release that guards raped and beat him in detention.

Myanmar’s military and police are responsible for scores of deaths in custody. Human Rights Watch documented in detail the deaths of six detained activists that involved apparent torture or the denial of adequate medical care. At least 273 people have died in police or military custody in police stations, military interrogation centers, and prisons since the coup, according to the United Nations Office of the High Commission for Human Rights (OHCHR). The military junta has carried out grossly unfair trials in closed courts to impose lengthy and often harsh sentences. By November 2022, the junta’s security forces killed at least 2,400 persons, according to the nongovernmental Assistance Association for Political Prisoners. [...] Under junta chief Sr. Gen. Min Aung Hlaing, the junta has persistently squeezed civic space and targeted activists for persecution and arrest. On September 20, the junta warned that social media endorsement such as “liking” or “sharing” opponents’ content could result in a prison sentence of up to 10 years.

Lawyers are increasingly harassed by junta authorities when defending political and criminal cases. Closed courts and a lack of due process are just some of the challenges they face. The junta has sought to legitimize its power by arbitrarily changing laws, appointing junta-aligned judges, and arresting lawyers for defending junta opponents.

A law enacted in March formally brought the police under armed forces control, requiring police officers to comply with all military orders, including taking part in military operations.» Quelle: Human Rights Watch, World Report 2023 - Myanmar, 12. Januar 2023: <https://www.ecoi.net/de/dokument/2085480.html>.

OHCHR, Oktober 2022:

«**UN Human Rights Chief Volker Türk today called for a moratorium on any forced returns of refugees and migrants to Myanmar, given its dire human rights crisis. [...] “With rising levels of violence and instability, and the collapse of the Myanmar economy and social protection systems, this is simply not the time to be returning anyone to Myanmar,” Türk said. “This is especially the case for anyone with specific protection concerns, such as political activists or military defectors, who are at grave risk upon return.”**» Quelle: Office of the High Commissioner for Human Rights (OHCHR), Press Release, Forced returns to Myanmar must stop immediately, says Türk, 26. Oktober 2022: <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2022/10/forced-returns-myanmar-must-stop-immediately-says-turk>.

USDOS 2023:

«**The regime encouraged the development of proxy vigilantes to target prodemocracy groups and their families. Since late April, pro-military vigilante groups carried out a series of targeted killings of prodemocracy supporters and their family members. The groups – many operating under the name of Thway Thauk, or “Blood Comrades” – operated primarily in urban areas. Local media reports indicated that Thway Thauk groups carried out a series of targeted killings in Mandalay, Rangoon, and Tanintharyi Regions. In April, these groups killed at least 13 persons, including nine National League for Democracy (NLD) members after announcing the launch of “Red Operation,” an assassination campaign directed at NLD and PDF members and their families.**

[...]

There were numerous reports of arbitrary arrest, including detention by the regime in unknown locations. Since the coup, AAPP calculated that regime security forces have made at least 14,850 arrests and more than 11,891 of those individuals remained in some form of detention as of September 1. According to AAPP, more than 277 family members of prodemocracy supporters, including 43 children, were among those the regime detained.

According to the NLD Human Rights Documentation Team, as of October 7, 165 NLD members were arrested, of whom 11 were MPs and the rest members of the NLD who served at different levels in various township committees.

On July 26, local media and an NLD member reported that regime security forces arrested a former member of the NLD’s Rangoon Township Executive Committee, age 45, at his home on July 23 for allegedly supporting the PDF. Regime authorities later informed family members that the man died of a heart attack in the interrogation center and that his body had been cremated. The Rangoon Region NLD vice-chairman told media on July 26 that the security of NLD members serving at the township level was in danger and that the party warned members to stay in hiding and use secret codes to communicate.

[...]

In August the regime, acting without a court ruling or order, seized property worth approximately \$5.6 million from a gem business owner in Mandalay for allegedly supporting prodemocracy activities including PDF fighters. The seizure included a massive array of property including vehicles, houses, and jade.

[...] Reports of killings, disappearances, excessive use of force, disregard for civilian life, sexual and gender-based violence, and other abuses committed by regime security forces were common; some EAOs and PDF groups were accused of similar abuses.

[...]

Physical Abuse, Punishment, and Torture: There were reports of such abuses by the military and some opposition forces. In March, 63 Sagaing-based PDF groups released a joint statement via local media condemning the Yinmarbin PDF group for actions against civilians and members of other PDF groups including threats, abduction, torture, and the killing of 21 individuals since November 2021.

On November 10, media outlet Radio Free Asia reported on seven leaked cell phone videos that recorded the use of brutal torture tactics against opposition forces in Pekon Township, Shan State. The videos included the beating of bound individuals until they became unresponsive.

[...] In January the regime began to use the Counter-Terrorism Law, which allows for longer sentences than does incitement, against journalists. On April 5, a regime-controlled court sentenced a Taunggyi-based reporter of Golden Triangle News Agency to 10 years in prison on terrorism charges. The same day, a Sintgaing Township, Mandalay Region court sentenced the chief reporter of Channel Mandalay TV, to five years in prison on a terrorism charge. He was arrested when the military raided an alleged PDF training site at a farm in Sintgaing Township on August 30, 2021. Win was also charged with incitement and spreading “false news,” which carries a maximum three-year prison penalty.

[...] **The regime used laws against terrorism to arrest and punish groups and individuals who were active in the country’s pre-coup political life. The regime maintained its designation of the NUG, the Committee Representing the Union Parliament, and PDF groups as unlawful terrorist organizations. According to the law, anyone associated with these groups could face 10 years to life in prison, although no one had been put on trial as of year’s end.**

[...] **The Confederation of Trade Unions Myanmar reported that some employers dismissed or refused to hire workers with certain geographically assigned nationality ID numbers at the military’s request. According to the confederation, the military ordered the employers not to hire workers with national IDs starting with 5, 8, and 12, indicating regions where PDF groups were active.**» Quelle: US Department of State, 2022 Country Report on Human Rights Practices: Burma, 20. März 2023: <https://www.state.gov/reports/2022-country-reports-on-human-rights-practices/burma/>.

Als führende Flüchtlingsorganisation der Schweiz und Dachverband der in den Bereichen Flucht und Asyl tätigen Hilfswerke und Organisationen steht die Schweizerische Flüchtlingshilfe (SFH) für eine Schweiz ein, die Geflüchtete aufnimmt, sie wirksam schützt, ihre Grund- und Menschenrechte wahrt, ihre gesellschaftliche Teilhabe fördert und ihnen mit Respekt und Offenheit begegnet. In dieser Rolle verteidigt und stärkt sie die Interessen und Rechte der Schutzbedürftigen und fördert das Verständnis für deren Lebensumstände. Durch ihre ausgewiesene Expertise prägt die SFH den öffentlichen Diskurs und nimmt Einfluss auf die gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen.

Weitere Publikationen der SFH finden Sie unter www.fluechtlingshilfe.ch/publikationen. Der regelmässig erscheinende Newsletter informiert Sie über aktuelle Veröffentlichungen, Anmeldung unter www.fluechtlingshilfe.ch/newsletter.